(2) Jeder Partner ist verpflichtet, die zur Begründung der von ihm geltend gemachten Forderung oder der geltend gemachten Einwendungen notwendigen Tatsachen vorzubringen und Beweis für sie anzutreten.

(3) Beweismittel sind:

1. Schriftstücke;
2. Angaben der Partner;
3. Zeugenaussagen;
4. Gutachten;
5. Einnahme des Augenscheins.

§ 9

Einbeziehung Dritter

(1) Das Staatliche Vertragsgericht kann Dritte als Partner in das Verfahren einbeziehen, wenn die Einbeziehung für eine gemeinsame Entscheidung von Streitigkeiten zweckmäßig ist und zwischen dem Dritten und einem der Vertragspartner nicht schon in der gleichen Sache ein Verfahren vor einem anderen Staatlichen Vertragsgericht anhängig ist.

(2) Die Einbeziehung kann auch auf Antrag eines Partners oder eines Dritten erfolgen. Die Bestimmungen über die Einleitung eines Verfahrens durch Antrag mit Ausnahme des § 5 Abs. 1 Satz 1 gelten entsprechend.

(3) Das Recht der Einbeziehung steht dem Zentralen Staatlichen Vertragsgericht in allen Fällen, den Bezirksvertragsgerichten abweichend von der örtlichen Zuständigkeit gemäß § 16 der Vertragsgerichtsverordnung im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeit zu. Über die Einbeziehung ist durch Beschluß zu entscheiden, Der Beschluß ist den Beteiligten zuzustellen.

(4) Die Einbeziehung in das Verfahren kann jederzeit durch Beschluß aufgehoben werden.

§ 10

Verbindung und Trennung von Verfahren

(1) Zum Zwecke der gleichzeitigen Entscheidung können mehrere bei einem Staatlichen Vertragsgericht anhängige Verfahren durch Verfügung verbunden werden, wenn sie miteinander in Zusammenhang stehen. Die Verbindung kann wieder aufgehoben werden.

(2) § 9 Abs. 3 Satz 1 gilt entsprechend. Abgabe und Übernahme zum Zwecke der Verfahrensverbindung erfolgen durch Verfügung. Die Verfügung über die Abgabe ist den Beteiligten bekanntzugeben.

(3) Richtet sich ein Antrag gegen mehrere Partner oder werden in einem Antrag gegen einen Partner verschiedene Forderungen geltend gemacht, so kann das Staatliche Vertragsgericht gegen die einzelnen Partner oder über die verschiedenen Forderungen in getrennten Verfahren entscheiden. Die Trennung erfolgt durch Verfügung. Die Verfügung ist den Beteiligten bekanntzugeben*.

3. Abschnitt

Durchführung der mündlichen Verhandlung bis zur Entscheidung

§ n

Grundsatz

Das Staatliche Vertragsgericht entscheidet, soweit nichts anderes bestimmt ist, nach vorangegangener mündlicher Verhandlung.

§ 12

Vertretung in Verfahren

(1) Die Befugnis zur Vertretung in Verfahren vor dem Staatlichen Vertragsgericht richtet sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

(2) Die Partner können geeignete Mitarbeiter, die sozialistischen Betriebe auch Mitarbeiter übergeordneter Organe oder Mitarbeiter gleichgearteter Betriebe oder gleichgearteter übergeordneter Organe, zur Vertretung in Verfahren schriftlich bevollmächtigen.

(3) Mit der Vertretung können auch die beim Staatlichen Vertragsgericht zugelassenen Mitglieder der Kollegien der Rechtsanwälte betraut werden.

§ 13

Ort der Verhandlung

(1) Die Verhandlung findet grundsätzlich am Sitz des zuständigen Staatlichen Vertragsgerichtes statt. Der Vorsitzende der Schiedskommission kann ihre Durchführung an einem anderen Ort anordnen. Verfahren, die vom Gesichtspunkt der erzieherischen Funktion des Vertragssystems von besonderem Wert sind, sollen öffentlich in den Betrieben durchgeführt werden.

(2) Der Vorsitzende der Schiedskommission kann auch zu Verhandlungen, die nicht öffentlich durchgeführt werden, Mitarbeiter der Partner und andere Personen zulassen.

§ 14

Ladung zur Verhandlung

Schiedsrichter, Partner, Zeugen, Sachverständige und sonstige am Verfahren Beteiligte sind zur mündlichen Verhandlung in der Regel schriftlich zu laden. Sie sind in der Ladung auf die Folgen ihres Ausbleibens hinzuweisen.

§ 15

Vertretung in der mündlichen Verhandlung

(1) Der Vorsitzende der Schiedskommission kann das persönliche Erscheinen bestimmter Mitarbeiter der Partner zur mündlichen Verhandlung anordnen, wenn dies wegen der Bedeutung des Verfahrens angebracht erscheint oder zur Aufklärung des Sachverhalts notwendig ist.

(2) Werden nicht bevollmächtigte Mitarbeiter der Partner zur Sache gehört, so gelten ihre Erklärungen als Erklärungen der Partner, wenn deren Vertreter ihnen in der Verhandlung nicht widersprechen.

§ 16

Ausbleiben in der mündlichen Verhandlung

(1) Erscheinen Vertreter der Partner zur mündlichen Verhandlung trotz rechtzeitiger Ladung nicht, so kann Über den Streitfall in ihrer Abwesenheit verhandelt und entschieden werden.

(2) Muß die mündliche Verhandlung aus Gründen vertagt werden, die einer der Partner zu vertreten hat, so können die durch die Vertagung entstandenen Nebengebühren und Auslagen demjenigen Partner auferlegt werden, durch dessen Verhalten die Vertagung notwendig wurde. Dies gilt insbesondere, wenn ein Partner unentschuldig ausgeblieben ist, eine Vollmacht nicht vorlegen konnte, der Vertreter der Partner mit